DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFT 12.11.2026 | Andrés Velasco

# Bloß keinen Sieg verschwenden

## Die Wahlerfolge der Linken in Brasilien und den USA sind noch kein Vertrauensbeweis – und schon gar kein Freibrief für ein Weiter-so.

Präsident Luiz Inácio Lula da Silva besiegte bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen in Brasilien den mittlerweile flüchtigen Rechtsaußen Flávio Bolsonaro. In den Vereinigten Staaten erlitten die MAGA-Anhänger von Präsident Donald Trump bei den Zwischenwahlen eine schwere Niederlage. Beide Ergebnisse sind gute Nachrichten aus zwei sehr großen Ländern. Demokraten überall können nun etwas ruhiger schlafen.

Doch die guten Nachrichten könnten nur von kurzer Dauer sein, wenn die Wahlsieger die falschen Lehren daraus ziehen. Und nach den Äußerungen der etablierten politischen Kommentatoren zu urteilen, ist genau das der Fall.

Anders als viele politische Kommentatoren behaupten, war die Wirtschaftslage nicht allein ausschlaggebend. Im Jahr 2024 gewann Trump mit einem Vorsprung von 1,5 Prozentpunkten, als die Inflation bei knapp drei Prozent lag. Bei einer für 2026 erwarteten Inflationsrate von etwa 3,5 Prozent gewannen die Demokraten nun die *Popular Vote* (gemessen an den Wahlen zum Repräsentantenhaus) mit 13 Prozentpunkten Vorsprung. Eine wirtschaftliche Kennzahl, die sich kaum verändert hat, kann einen derart gewaltigen Wahlumschwung nicht erklären. Auch andere wichtige US-Wirtschaftsindikatoren – Wachstum, Löhne und Beschäftigungsentwicklung – waren positiv.

Das Gleiche gilt, nur umgekehrt, für Brasilien: Die Wähler haben Lula nicht für herausragende wirtschaftliche Leistungen belohnt. Inflation und Wachstum sind genauso mittelmäßig wie in den vergangenen Jahren (wenn überhaupt, scheinen sich beide 2026 sogar zu verschlechtern), während die Zinsen extrem hoch sind. Viel Glück dabei, als Angehöriger der brasilianischen Mittelschicht einen bezahlbaren Immobilienkredit zu bekommen.

***Die Lebenshaltungskosten waren bei den US-Zwischenwahlen nicht der entscheidende Faktor.***

Ein kontrafaktisches Gedankenexperiment bestätigt, dass die Lebenshaltungskosten bei den US-Zwischenwahlen nicht der entscheidende Faktor waren. Nehmen wir an, die Diesel- und Benzinpreise sind auf dem aktuell hohen Stand. Jedoch hätte sich Trump und seine Familie *nicht* bereichert, er hätte die Milliardengewinne der Ölkonzerne *nicht* gefeiert, der Einwanderungs- und Zollbehörde ICE *nicht* erlaubt, unschuldige Amerikaner zu erschießen, und er hätte sein Versprechen gehalten, keine neuen Kriege im Ausland zu führen. Hätte der „blaue Tsunami" dann Texas, Alaska und sogar Mississippi erreicht? Mit ziemlicher Sicherheit nicht.

Nicht allein die Wirtschaft entscheidet also über Wahlsiege, sondern vor allem das Vertrauen der Wähler in die Politik. Diese haben weder Zeit noch Lust, Wirtschaftslehrbücher und Wahlprogramme zu studieren, um zu entscheiden, welche Politik die richtige ist. Moderne Demokratien beruhen darauf, dass wir politische Entscheidungen an andere delegieren. Dabei bevorzugen wir Menschen, mit denen wir uns identifizieren können, die unsere Werte zu teilen scheinen und unsere Lebenswirklichkeit verstehen.

Im Jahr 2024 stimmten 77 Millionen Amerikaner für Trump. Viele taten dies – obwohl er nicht gerade für seine Kompetenz bekannt war –, weil er authentischer und weniger geskriptet wirkte als die „elitären" Demokraten. Doch in den Jahren danach schien Trump sich mehr um seinen eigenen Geldbeutel als um den seiner Wähler zu kümmern und verriet damit ihr Vertrauen.

Brasilien bestätigt die Vertrauensthese. In der letzten und entscheidenden Fernsehdebatte behauptete das „Nepo-Baby" Bolsonaro, Lula „gebe mit einer Hand und nehme mit neun Fingern". Lula konterte, er habe bei einem Fabrikunfall einen Finger verloren, weil er als 17-Jähriger Nachtschichten habe arbeiten müssen, um überhaupt etwas zu essen zu haben. Bolsonaro hingegen habe noch keinen einzigen Tag in seinem Leben gearbeitet. Mit wem konnten sich die brasilianischen Wähler nach diesem Wortwechsel wohl eher identifizieren?

Auch hier hilft ein wenig kontrafaktisches Denken. Der Gouverneur von São Paulo, Tarcísio Gomes de Freitas, galt als voraussichtlicher Präsidentschaftskandidat der Rechten, bis der Bolsonaro-Clan ihn durch Flávio ersetzte. Bei seiner Wiederwahl zum Gouverneur besiegte de

Freitas den oft als Lulas Nachfolger gehandelten Fernando Haddad mit einem Vorsprung von 26 Prozent. Wäre de Freitas der konservative Präsidentschaftskandidat gewesen, würde Lula dann seine vierte Amtszeit feiern? Wahrscheinlich nicht.

Hier ist eine weitere Lehre, die Progressive in beiden Ländern nicht ignorieren dürfen: Die Wahlergebnisse sind kein uneingeschränktes Mandat. So überraschend sie auch waren, eines hatten sie mit früheren Wahlen gemeinsam: Die Wähler lehnten vor allem einen Kandidaten ab, statt den anderen ausdrücklich zu unterstützen. Weder die Demokraten in den USA noch Lulas Arbeiterpartei in Brasilien bieten bislang eine Vision, für die sich die Wähler begeistern können. Ein bloßes Weiter-so wird künftig nicht ausreichen.

Beide Parteien scheinen zu glauben, dass sich Probleme allein dadurch lösen lassen, dass man mehr Geld für sie ausgibt. Und beiden kann vorgeworfen werden, eine „woke" Agenda vertreten zu haben, die wenig mit den Wertvorstellungen eines großen Teils der Wählerschaft zu tun hatte. Das kann sich natürlich ändern. Bei den Demokraten ist dieser Wandel bereits im Gange. Doch es dauert eine Weile, bis die Wähler der Partei wieder zutrauen, das Präsidentenamt zu übernehmen.

***Man sollte niemals die Fähigkeit der amerikanischen und der brasilianischen Linken unterschätzen, sich selbst ins Bein zu schießen.***

Man sollte niemals die Fähigkeit der amerikanischen und der brasilianischen Linken unterschätzen, sich selbst ins Bein (oder in den Kopf) zu schießen. Für die Demokraten besteht das größte Risiko darin, dass sie, beflügelt vom Ausmaß ihres Wahlsiegs, in den Vorwahlen einen Kandidaten wählen, der gegen Marco Rubio oder einen Republikaner außerhalb des MAGA-Lagers verlieren könnte. Alexandria Ocasio-Cortez hat öffentlich behauptet, dass „jeder" die Präsidentschaft gewinnen könne, wenn Abdul El-Sayed den Senatssitz in Michigan erringe.

Sollte sie sich dabei auch selbst einschließen, bin ich mir keineswegs sicher, ob diese Behauptung stimmt. Die Republikaner würden im November 2028 jedenfalls viel lieber gegen AOC als gegen US-Senator Jon Ossoff antreten.

In Brasilien besteht das größte Risiko darin, dass Lula zu der Überzeugung gelangt, er könne es sich leisten, gegen das enorme Haushaltsdefizit (fast neun Prozent des BIP) und die gewaltige Staatsverschuldung, die er angehäuft hat, nichts zu unternehmen. In der

jüngeren Vergangenheit konnte Brasilien eine Schuldenkrise vermeiden, weil der Großteil seiner Staatsschulden in der eigenen Währung besteht. Doch nun, da die Zinsen steigen, bietet dies immer weniger Schutz.

Wenn Lula nicht bald handelt, könnte selbst ein leichter Rückgang der überhöhten Bewertungen im amerikanischen KI-Sektor eine Verkaufswelle bei brasilianischen Staatsanleihen auslösen. Die daraus resultierende Krise würde das verbleibende Vertrauen in die Regierungsfähigkeit der Linken zerstören und dafür sorgen, dass in vier Jahren jemand aus dem rechten Lager Präsident wird.

Krisen sollte man nicht ungenutzt verstreichen lassen. Wahlsiege ebenso wenig. Bleibt zu hoffen, dass Lula und die Demokraten das begreifen.

© Project Syndicate

---



**Andrés Velasco**
London

Andrés Velasco ist Ökonom und Professor. Von 2006 bis 2010 war er Finanzminister in Chile. Zurzeit ist er Dekan der *School of Public Policy* an der *London School of Economics and Political Science*.